

„Schulqualität zwischen Evidenzbasierung und Effekthascherei“

Positionspapier als Ergebnis der Frühjahrstagung 2013 des AK Schulen der DeGEval

Michael Frais,¹ Angela Stumpp-Marx²

Hinweis: Dieses Positionspapier ist in Abstimmung mit Vertreterinnen der Universität Salzburg, der PH Salzburg sowie der PH Tirol entstanden. Es stellt allgemeine Erkenntnisse aus dem Bereich schulischer Evaluationsverfahren in den Kontext der Diskussionen der diesjährigen Frühjahrstagung des Arbeitskreises Schulen der Gesellschaft für Evaluation (DeGEval) in Salzburg. Da ein Großteil der Teilnehmenden aus Österreich kam, entwickelten sich die diskutierten Inhalte insbesondere vor dem Hintergrund des österreichischen Schulsystems. Die Frühjahrstagung wurde in Kooperation mit der School of Education der Paris-Lodron-Universität Salzburg und der Pädagogischen Hochschule Salzburg am 6./7. Juni 2013 an der Universität Salzburg durchgeführt.

Aktivitäten des AK Schulen

Der Arbeitskreis (AK) Schulen der Gesellschaft für Evaluation führt seit dem Jahr 2010 regelmäßige Frühjahrstagungen zum Thema Schulevaluation durch. Zusätzlich wird diese Thematik auch auf den Jahrestagungen der Gesellschaft für Evaluation im Rahmen von Sessions aus unterschiedlicher inhaltlicher Perspektive diskutiert. Der AK Schulen bezieht bei diesen Veranstaltungen die Sichtweisen von Lehrpersonen, Evaluator(inn)en und Wissenschaftler(inne)n mit ein. Er versteht sich als Forum, welches an der Schnittstelle von Wissenschaft und Praxis grundlegenden Fragestellungen rund um das Thema Evaluation nachgeht.

Ausgehend von der Frage der Wirkungen externer Schulevaluationsverfahren, die im Jahr 2010 aus vorwiegend wissenschaftlicher Perspektive beleuchtet wurde, standen im Jahr 2011 die Themen Qualitätsmanagement und Führung als wichtige beeinflussende Faktoren bei der Durchführung von Evaluationsvorhaben im Fokus. 2012 erörterten wir aus wissenschaftlicher und schulpraktischer Sicht, wie Impulse für Schulentwicklung generiert werden (können).

1 Leitung der Evaluationsstelle ESOB, Pädagogische Hochschule Zürich

2 Sächsisches Bildungsinstitut, Radebeul

Diskussionsstand und Erfahrungswissen im Bereich Schulevaluationen

Es hat sich in den vergangenen Jahren an vielen Beispielen gezeigt, dass Evaluationen im schulischen Feld zum Teil mit Nutzlosigkeit, Wirkungslosigkeit und Effekthascherei in Verbindung gebracht werden. Insofern schien es dringend geboten, dieser Thematik im Rahmen einer Frühjahrstagung nachzugehen. Dies vor allem auch deshalb, weil weder die beteiligten Institutionen wie Schulaufsicht, Evaluationsfachstellen und Schulen noch die mitwirkenden Evaluator(inn)en ein Interesse an Nutzlosigkeit, Wirkungslosigkeit und Effekthascherei als Ziel oder Ergebnis von Evaluationen im Bildungsbereich haben.

Der weitgehend flächendeckenden Einführung von externen Schulevaluationsverfahren zwischen 2000 und 2010 lag implizit eine mechanistisch orientierte Erwartung an die Wirkungen externer Schulevaluationsverfahren zu Grunde. Externe Evaluation als neues Instrument der Schulaufsicht führe über die Rückmeldung an die Schulen automatisch zu einer Qualitätsverbesserung des schulischen Bildungssystems, so vielerorts die Erwartung. Ständen in Zusammenhang mit der Einführung dieser Verfahren zunächst Akzeptanz- und Implementierungsfragen im Vordergrund, kam mit zunehmender Betriebsdauer die berechnete Frage nach ihren Wirkungen auf. Diese wurde auch vor dem Hintergrund der Kosten, die für externe Schulevaluationsverfahren aufgewendet werden, und im Kontext notwendiger Sparmaßnahmen zur Sanierung der Staats-, Landes- und Kantonshaushalte gestellt.

Wirkungen externer Evaluationsverfahren auf die Leistungen der Schülerinnen und Schüler sind zurzeit nicht mit zufriedenstellender wissenschaftlicher Genauigkeit nachzuweisen, so lautete eine Erkenntnis aus der Frühjahrstagung 2010 zur Wirkung externer Schulevaluationsverfahren. Allenfalls könnte mit einem sehr hohen finanziellen Aufwand ein gewisser Genauigkeitsgrad erreicht werden, der zur Hypothesenbildung beitragen kann.

Damit einher geht die Erkenntnis, dass externe Evaluationsverfahren häufig nicht zu den gewünschten Impulsen für die schulische Arbeit führen, da die Ergebnisse und Erkenntnisse aus Evaluationen oftmals nicht in ausreichendem Maß für die Verbesserung schulischer Praxis genutzt werden.

Zukunftsperspektive: Wirkungen und Impulse durch partizipativ gestaltete Evaluationen

Externe Evaluationsverfahren erfüllen häufig nur das Kriterium der Außenperspektive von Bildungspolitik und Schulaufsicht. Jedoch ist es zwingend notwendig, auch der internen Perspektive jeder einzelnen Schuleinheit angemessenen Raum zu geben. Evaluationen, die aus schulinterner Sicht gestaltet oder mitgestaltet werden, benötigen Raum für eigene Fragestellungen und Perspektiven, die u.a. im Schulprogramm verortet sind. In den vergangenen Jahren hat sich gezeigt, dass die Einbeziehung der Beteiligten und Betroffenen in den Evaluationsprozess zu größerer Akzeptanz und mehr Interesse bei eben diesen Stakeholdern führt und somit eine größere Effektivität in der Umsetzung von Schulentwicklungsaktivitäten auf der Basis empirisch erhobener Daten erreicht werden kann.

Dieser partizipative Ansatz – evaluationstheoretisch auch als interpretativ konstruktivistischer oder als transformativ emanzipatorischer Ansatz zu verorten – erhöht in der Regel die Validität, die Rezeption der Evaluationsergebnisse bzw. des Berichtes durch die Stakeholder sowie Nutzen und Wirksamkeit von Evaluationen. Neben den klassischen sozialwissenschaftlichen Gütekriterien spielen dabei Kommunikation, Intervention, Transparenz und Relevanz eine zunehmend gewichtige Rolle.

Damit Partizipation zu Impulsen führen bzw. sie verstärken kann, benötigen Schulen sowohl im Bereich von Evaluationen als auch im Bereich von Schulentwicklung das entsprechende Know-how, die nötigen Kompetenzen sowie Gestaltungsräume, die innerhalb der durch Bildungspolitik und Schulaufsicht gesetzten Rahmenbedingungen eigenständig genutzt werden können. Gleichzeitig erhöht sich damit für Schulen die Notwendigkeit der Transparenz in Bezug auf ihre Aktivitäten. Zudem muss berücksichtigt werden, dass Gestaltungsräume zu einer Rechenschaftspflicht bis auf Ebene einzelner Schuleinheiten führen.

Schulische Steuerung unter Berücksichtigung partizipativ angelegter Evaluationen

Wie bereits oben aufgezeigt worden ist, berühren Schulevaluationen, insbesondere solche, die als interne Evaluation oder Selbstevaluation organisiert sind, die Frage schulischer Steuerung. Dabei wird zwischen Top-down- und Bottom-up-Steuerung unterschieden.

Eine Top-down-Steuerung des Schulsystems dient in erster Linie dem Informations- und Steuerungsbedürfnis der Bildungspolitik und Schulaufsicht, aber nur zum Teil den Interessen der einzelnen Schuleinheit. Bei einer ausschließlichen Top-down-Steuerung werden vorhandene Ressourcen auf Schulebene nicht genutzt und somit sinnvolle und effektive Entwicklungsperspektiven behindert oder sogar blockiert. Dies haben auch die Diskussionen auf der diesjährigen Frühjahrstagung in Salzburg deutlich gemacht: Die Selbstwirksamkeit der Schuldirektor(inn)en und Lehrpersonen wurde als ein sehr wichtiger Motivationsfaktor in der schulischen Arbeit bewertet, die sich aber nur dann entfalten kann, wenn die entsprechenden Gestaltungsspielräume vorhanden sind. In der gegenwärtigen Situation schulischer Steuerung in Österreich werden diese Ressourcen anscheinend unzureichend aktiviert, so dass vorhandenes Potenzial zur Generierung eines pädagogischen Mehrwerts nicht oder nur unzureichend genutzt wird. In Deutschland und der Schweiz kann dieses Potenzial zum Teil erheblich besser ausgeschöpft werden.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang nochmals hervorzuheben, dass jede Form von Gestaltungsmöglichkeit eine Schule in die Position der Bringschuld transferiert. Konkret bedeutet dies, dass schulische Impulse, die zu Schulentwicklungsmaßnahmen führen, zwingend eine Legitimationspflicht, z.B. durch eine Evaluation, nach sich ziehen und damit wiederum die Schulaufsicht entlasten können. Denkbar wäre beispielsweise, dass sich in Zukunft die Funktionsweise der Schulaufsicht dahingehend ändert, dass Schulen, die ihre Aktivitäten und Entwicklungsprojekte weder transparent machen noch durch Evaluation legitimieren können, eine Art Eingreifmodus der Schulaufsicht auslösen.

Schulische Steuerung zwischen Innovation und prozessorientierter Vorgehensweise

Mit einer Top-down-Steuerung werden in der Regel Innovationen oder eine Veränderung der Rahmenbedingungen zu allgemeiner Verbindlichkeit erklärt und müssen von allen Schulen umgesetzt werden. Derartige Steuerungsimpulse setzen Zeichen, lassen sich schnell realisieren und erhalten dadurch ihre Effizienz, dass sie von oben verordnet werden. Selbstverständlich müssen Schulen auf diese bildungspolitischen Innovationsmaßnahmen angemessen reagieren und diese umsetzen.

Gleichzeitig ist eine prozessorientierte Vorgehensweise auf Ebene der einzelnen Schuleinheit notwendig. Nur wenn Zeiträume zur Umsetzung vorhanden sind und ein längerfristiger Zeithorizont eingeplant wird, können Veränderungen aller Art nachhaltig und wirkungsorientiert implementiert werden. Es ist jedoch bekannt, dass solche längerfristigen Prozesse immer wieder durch bildungspolitisch motivierte, kurzfristige und kurzlebige Maßnahmen gestört und häufig nicht mit den notwendigen Ressourcen systematisch zu Ende geführt werden.

Schulen dürfen kein Spielball parteipolitischen Gezänks und von kurzfristigem bildungspolitisch induziertem Aktionismus sein. Folglich muss es darum gehen, eine ausgewogene Balance zwischen bildungspolitisch orientierter Top-down-Steuerung und einer Bottom-up-Steuerung herzustellen, so dass der zum Teil sehr individuelle Kontext jeder einzelnen Schuleinheit Berücksichtigung findet. Dies entspricht der Anforderung an ein Steuerungsmodell, welches eine Top-down-Steuerung im Hinblick auf eine innovativ ausgerichtete Entwicklungsdynamik mit einer prozessorientierten, langsamen, aber dafür auf Wirkung und Nachhaltigkeit ausgelegten Vorgehensweise kombiniert.